

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

am 1. Juni hat sich die Hochwasserkatastrophe im niederbayerischen Simbach am Inn zum ersten Mal geäußert: Heftige Regenfälle erzeugten damals eine Sturzflut – sieben Menschen starben, unzählige verloren ihr Hab und Gut, viele Häuser blieben unbewohnbar und mussten abgerissen werden. Die **Flutkatastrophe in Simbach** war ein sogenanntes tausendjähriges Hochwasser, die entstandenen Schäden wurden in der Regel bis zu 80 Prozent und in besonderen Fällen bis zu 100 Prozent ersetzt.

Über den aktuellen Stand des Wiederaufbaus und der Hochwasserschutzmaßnahmen haben sich Landtagsabgeordnete der FREIEN WÄHLER am Donnerstag bei einem Rundgang durch die Simbacher Innenstadt informiert. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „**Fraktion vor Ort**“ diskutierten sie mit Kommunalpolitikern, Helfern und Betroffenen über die dramatischen Ereignisse, die Verteilung der Fördergelder sowie den künftigen Handlungsbedarf. Fazit: Wir FREIEN WÄHLER werden uns für mehr Personal bei den Ämtern für ländliche Entwicklung sowie bei den Wasserwirtschaftsämtern einsetzen, um die Kommunen beim Hochwasserschutz besser zu unterstützen. Außerdem muss sich der Freistaat mit 90 Prozent an der Finanzierung kommunaler Hochwasserschutzprojekte beteiligen und es soll eine schnelle Eingreiftruppe aus Experten – unter anderem der Ministerien – gegründet werden, um bei Katastrophen vor Ort schnelle und qualifizierte Hilfestellung geben zu können.



*Florian Streibl, MdL
Parlamentarischer
Geschäftsführer*

R ü c k b l i c k

In seiner Aktuellen Stunde befasste sich der Landtag diese Woche mit dem Thema **Lebensmittelkontrollen**. Anlass dafür war ein Skandal bei der oberbayerischen Großmetzgerei Sieber – dort konnten 2016 sogenannte Listerien nachgewiesen werden. Vor rund einer Woche wurde dann bekannt, dass die Missstände schon früher hätten aufgedeckt werden können. Denn bei Eigenkontrollen der Großmetzgerei stellten Kontrolleure schon 2013 und 2015 eine Verunreinigung der Lebensmittel durch Listerien fest. Allerdings wurden die Behörden nicht über die positiven Befunde informiert. Wir fordern, dass Labore auffällige Ergebnisse direkt an die Behörden – und nicht nur ihren Auftraggeber – melden müssen. Bei Verstößen sind scharfe Sanktionen unumgänglich.

Bereits seit über einem Jahr setzen wir uns für eine ‚**Gigabit-Offensive**‘ für den Mittelstand ein. Das ist ein Förderprogramm für mittelständische Unternehmen, die sich für einen Hochleistungs-Glasfaseranschluss entscheiden. Nun hat auch die Staatsregierung eine „Digital-Offensive“ angekündigt. Während die Ideen der Staatsregierung noch in der Cloud stecken, gibt es mit den FREIEN WÄHLERN bereits die Gigabit-Gesellschaft. Für Furore in der Fachwelt und im Landtag sorgte vor Kurzem unser Antragspaket „#BILDUNG_DIGITAL“. Kernforderung: Die Staatsregierung soll eine umfassende Digitalisierungsstrategie für den Bildungsstandort Bayern vorlegen. Denn Einzelprojekte wie die ‚Digitale Schule 2020‘ greifen bisher viel zu kurz. Es muss endlich mehr in die digitale Bildung an allgemeinen und berufsbildenden Schulen investiert werden. Hierzu soll der Informatikunterricht möglichst als Pflichtfach sowie eine interdisziplinäre digitale Bildung an allen Schularten eingeführt werden, um entsprechende Sach- und Anwendungskompetenz sinnvoll miteinander zu verbinden.

Seit Jahren beschäftigt das Thema „Gewalt gegen Frauen“ den Landtag, ohne dass bisher substantielle Verbesserungen erreicht wurden. Als FREIE WÄHLER fordern wir daher eine Neuauflage des Gesamtkonzepts für **Frauenhäuser in Bayern**. Wir brauchen eine rasche Stärkung und Verbesserung des Hilfesystems für Frauen. Bereits seit über einem Jahr liegen erschreckende Ergebnisse der Bedarfsermittlungsstudie der Uni Erlangen vor, denen zufolge in Bayern jährlich rund 140.000 Frauen Opfer von körperlicher oder sexueller Gewalt werden. Im Jahr 2014 konnten zwar mehr als 1.500 Frauen in Frauenhäusern aufgenommen werden. Dennoch musste jede zweite Frau in Bayern, die in einem Frauenhaus Hilfe und Schutz vor körperlicher Gewalt gesucht hat, aus Mangel an freien Plätzen abgewiesen werden. Das ist nicht hinnehmbar. Der Staat hat die Pflicht, sich um das Wohl und die körperliche Unversehrtheit der betroffenen Frauen und ihrer Kinder zu kümmern. Sie haben ein Recht auf Schutz und Hilfe!

Falsche Ernährung ist die Ursache zahlreicher sogenannter Zivilisationskrankheiten wie Übergewicht und Diabetes. Wir warnen seit geraumer Zeit davor, dass von diesen Erkrankungsbildern immer mehr Kinder und Jugendliche betroffen sind. In der Schule hat der Staat eine maßgebliche Chance, Schüler bereits in jungen Jahren an gesunde Lebensmittel heranzuführen. Beim gemeinsamen Essen in Ganztagschulen darf es daher nicht nur darum gehen, dass die Schüler satt werden. Wichtig ist, dass das Essen gesund ist und es von den Kindern bewusst wahrgenommen wird. Es gilt den Schülern wieder zu vermitteln, welche Lebensmittel aus der Region saisonal zur Verfügung stehen und zu zeigen, dass diese sowohl lecker als auch gesund sein können. Ein weiterer erfreulicher Aspekt neben der gesunden Schulverpflegung wäre die Stärkung der bayerischen bäuerlichen Landwirtschaft. Durch Subventionierung von gesunden und regional produzierten Lebensmitteln in der Schulverpflegung könnte somit die Kluft zwischen Verbrauchern und Erzeugern abgebaut werden – und eine neue Generation bewusster Verbraucher heranwachsen.

Erneut beschäftigte sich der Landtag mit dem Thema **Innere Sicherheit**. Der Verfassungsschutzbericht 2016, der diese Woche im Innenausschuss

vorgestellt wurde, zeigt deutlich, dass die Vielfalt extremistischer Gruppen die Sicherheitsbehörden immer stärker herausfordern. Bedrohungen sind nicht mehr nur einem Bereich oder einer einzelnen Gruppierung zuzuordnen: Neben dem islamistischen Terrorismus und rechts- sowie linksextremistischer Gewalt fordern auch Reichsbürger die Sicherheitsbehörden heraus. Besorgniserregend ist, dass im vergangenen Jahr aus Bayern fast 100 Personen in Richtung der Kampfgebiete der Terrormiliz ‚Islamischer Staat‘ ausreisten. Der Bericht macht damit deutlich, dass die Radikalisierung der Menschen – sei es unmittelbar oder durch Hetze im Internet – das größte Problem darstellt. Als FREIE WÄHLER setzen wir uns deshalb dringend für mehr Personal für die Sicherheitsbehörden vor Ort ein: nicht nur in den Großstädten, sondern insbesondere in den ländlichen Regionen. Nur so können wir uns den wachsenden Bedrohungen wirkungsvoll entgegenstellen.

Die Abgeordneten im Landwirtschaftsausschuss diskutierten in dieser Woche wieder über die **Milchkrise**. Die niedrigen Preise für Milch haben die bayerischen Landwirte in den vergangenen Monaten vor große Herausforderungen gestellt und gezeigt, dass sich in der Milchbranche dringend etwas verbessern muss: Die Verhandlungsposition der Milcherzeuger muss deutlich gestärkt und ihre Stellung in der Lieferkette aufgewertet werden. Zusätzlich ist es notwendig, die gesamte Produktion flexibler aufzubauen. Für schnelle und unbürokratische Hilfe im Krisenfall und zur Milchmengenreduzierung müssen geeignete langfristige Modelle aufgezeigt werden, um die Milchbauern zu unterstützen. Ein freiwilliger Lieferverzicht gegen Entschädigung sollte beispielsweise europaweit und dauerhaft installiert werden. Nur so können wir den Markt stabilisieren und den Strukturwandel in der Landwirtschaft verlangsamen. Einen schönen Erfolg konnten wir im Wirtschaftsausschuss des Bayerischen Landtags verzeichnen: Dieser hat der Forderung der FREIEN WÄHLER zugestimmt, wonach die Staatsregierung sich auf Bundesebene für eine **Ausnahmegenehmigung für Milch-tankstellen vom Mess- und Eichgesetz einsetzen** soll. So wollen wir sicherstellen, dass der Ab-Hof-Verkauf von Milch auch künftig in bewährter Weise ohne Kassenbeleg erfolgen kann.

Vorschau

Am 23. Juni veranstalten wir einen Parlamentarischen Abend im Bayerischen Landtag: Zum Thema „**Arm aber sexy? Herausforderung und Problemlagen der Freien Kunst- und Kulturszene in Bayern**“ wird Prof. Dr. Michael Piazzolo mit Experten und Gästen über die Herausforderungen der freien Kunst- und Kulturszene diskutieren. Denn die „Freie Szene“ steht kontinuierlich vor großen Herausforderungen. Prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse sowie fehlender Raum für Kunstschaaffende sowie die Borniertheit der bayerischen Kulturpolitik machen Künstlern hier oft das Leben unnötig schwer.

Impressum

Florian Streibl, MdL
Othmar-Weis-Straße 5
82487 Oberammergau
Tel: 08822/935282
Fax: 08822/935287

E-Mail: info@florian-streibl.de Homepage: www.florian-streibl.de